

Newsletter

Nr. 37 / Juli 2012

Editorial

Liebe Leser_innen,
am 16. Mai hat Kurt Beck gemeinsam mit der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) Christine Lüders, die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“ unterzeichnet. Damit ist Rheinland-Pfalz, neben Berlin, Hamburg, Bremen und Brandenburg das fünfte Bundesland, das der „Koalition gegen Diskriminierung“ beigetreten ist. Mit der Koalition will die ADS des Bundes Länder und Kommunen als Partner_in gewinnen, um verstärkt und flächendeckend gegen Diskriminierung vorzugehen. Auch wenn die Unterzeichnung einer Absichtserklärung allein zunächst einmal kein Garant für Veränderungen darstellt, ebnet sie jedoch den Weg zur Anerkennung eines Themas als politisch relevant und begünstigt damit die gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Die AGARP begrüßt deswegen die Unterzeichnung sehr, gilt das Thema Diskriminierung im Großteil der Gesellschaft doch als anstrengend und schwerfällig. Eine etwas irritierende Perspektive, bedenkt man, dass es sich dabei oftmals um die Verletzung von Menschenrechten handelt. Für viele Menschen gehören Diskriminierungen leider zum festen Bestandteil des alltäglichen Lebens, sei es auf der Arbeit, beim Einkaufen, bei der Wohnungssuche, auf Ämtern, in der Schule oder beim Besuch von Diskotheken. Wer nun denkt, Diskriminierung sei deswegen vor allem ein Problem der benachteiligten Gruppen, liegt falsch. Denn jeder Mensch in einer Gesellschaft ist von Diskriminierung betroffen, durch die auf der einen Seite Menschen benachteiligt werden und auf der anderen Seite Menschen direkt oder indirekt davon profitieren.

Und dennoch finden Menschen immer wieder die Kraft gegen Diskriminierung vorzugehen, für ihre Rechte zu kämpfen und sich für Gleichbehandlung einzusetzen. So zum Beispiel die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD), die sich als Mitinitiatoren der Kampagne „Stop Racial Profiling“ gegen die rassistische Praxis der verdachtsunabhängigen Kontrolle von Menschen dunkler Hautfarbe zu Wehr setzt. In einem Interview mit dem ISD Vorstandsmitglied Hadija Haruna fragt AGARP nach einer ersten Zwischenbilanz der Kampagne.

Weiterhin berichten wir über das sich Ende Juni gegründete „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“, sowie das gleichnamige Kooperationsprojekt der AGARP, welches sich zum Ziel gesetzt hat, mit dem mehrdimensionalen Ansatz gegen Diskriminierung vorzugehen.

Unter der Rubrik Arbeit der Beiräte, stellen wir die vom Beirat für Migration und Integration in Landau gegründete Initiative für Toleranz und Courage vor. Sie will sich mit Bündnissen verstärkt gegen Rassismus und Diskriminierung in Rheinland-Pfalz einsetzen. Der Vorsitzende Aydin Tas, nennt Ziele und Vorhaben des Bündnisses.

Außerdem gelang es den Beiräten in Alzey und Zweibrücken, eine Resolution zum Kommunalen Wahlrecht zu verabschieden und damit einmal mehr die Forderung nach politischer Teilhabe durch Wahlrecht zu unterstützen.

Es gibt also viel zu tun, packen wir es gemeinsam an!

Wir wünschen Ihnen allen eine schöne Sommerzeit und Menschen muslimischen Glaubens zudem einen gesegneten Ramadan.

Ihr AGARP-Team

Inhalt

Editorial	1
Racial Profiling	2
Migrantenorganisation	3
Jugendwettbewerb	3
Buchtipps	4
Ausgezeichnet !	4
„Alles außer gewöhnlich“	4
Berichte aus den Beiratsarbeit	5-6
ADS-Netzwerk RLP	6

Impressum

Herausgeberin:
AGARP. Arbeitsgemeinschaft
der Beiräte für Migration und
Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:
Nurhayat Canpolat,
Vito Contento,
Ingrid Neuhaus, Maria Ogel,
Sibel Soyer, Sabina Steller,
Jamila Adler, Filiz Kocatürk

Kontakt
newsletter@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

„Stop Racial Profiling“ – über 15.000 Menschen unterzeichneten!

Ein Interview über die Kampagne mit Hadija Haruna, Vorstandsmitglied der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)

Menschen aufgrund ihrer äußerlichen Merkmale zu kontrollieren wird unter dem Begriff „Racial Profiling“ gefasst. Die willkürliche Polizeipraxis so genannter „verdachtsunabhängiger Kontrollen“ beschreibt die Alltagserfahrung vieler Schwarzer Menschen und People of Color¹ in Deutschland. Im Februar 2012 klagte ein Schwarzer Deutscher Bahnreisender dagegen. Das Verwaltungsgericht in Koblenz wies jedoch die Klage mit der Begründung zurück, dass polizeiliche Auweiskontrollen aufgrund der Hautfarbe an bestimmten Orten zulässig seien und hat damit eine Präzedenzsituation geschaffen. Im April startete die ISD zusammen mit dem Arbeitskreis Panafrikanismus und ADEFRA - Schwarze Frauen in Deutschland die Kampagne „Stop Racial Profiling“, in deren Rahmen eine Petition an den Petitionsausschuss des deutschen Bundestages eingerichtet wurde. Am 19. Juli wurde sie geschlossen. Über 15.000 Menschen haben dort mit ihrer Stimme gegen die rassistische Praxis Stellung bezogen. AGARP führte ein Interview mit Hadija Haruna, und fragte nach einer ersten Zwischenbilanz, persönlichen Eindrücken sowie Perspektiven.

AGARP: Die Kampagne läuft seit April, eine erste Zwischenbilanz?

Wir konnten mit der Kampagne viele Menschen erreichen, die sich bisher mit dem Thema nicht beschäftigt haben, oft nicht einmal davon wussten. Es war ein wichtiges, virales Instrument, um Öffentlichkeit zu schaffen. Auch auf Facebook wurde die Petition gut angenommen. Dort gründeten wir die Gruppe „Stoppt Racial Profiling“ (<https://www.facebook.com/StopptRacialProfiling>), die stetigen Zulauf findet und auf der wir über aktuelle Ereignisse, Medienberichte und Schritte informieren. Auch nahmen

einige Initiativen und Vereine den Text unserer zusätzlich gestarteten Webkampagne auf ihren Startseiten auf.

AGARP: Was waren für Dich positive Schlüsselmomente in der Kampagne. Gab es Hürden?

Ein erstes Schlüsselmoment war sicher, als wir in Frankfurt am 5. Mai den bundesweiten Flashmob initiierten. Zum Treffpunkt kamen so viele Menschen, die ich noch nie gesehen habe. Sie alle waren dem Aufruf gefolgt und erschienen wie abgemacht in Kapuzenpullis. Um 17:05 standen dann etwa 30 bis 40 Leute schweigend mit Stop Racial Profiling Schildern behängt für zehn Minuten als eine Art schweigende Installation mitten in der Bahnhofshalle. Das war ein sehr bewegender Moment. Ab da war zumindest mir klar, dass wir jetzt dran bleiben müssen. In den letzten Wochen das enorme Stimmenwachstum auf der Petitionsseite feststellen zu können, war ein gutes Gefühl und ein positiver Ansporn.

AGARP: Du hast es angesprochen. Am Anfang verlief die Unterzeichnung der Petition schleppend. Was sind Deiner Meinung nach die möglichen Gründe?

Wir mussten eine Öffentlichkeit schaffen und das funktionierte quasi nur über unsere E-Mail Verteiler und Facebook. Ich denke einige, die sich mit dem Thema nicht auskannten, waren am Anfang vielleicht skeptisch, als sie nur den Link zur Petition bekamen. Das mit dem Unterschreiben ist ja so eine Sache – selbst wenn es anonym ist. Gleichzeitig bietet der so genannte Online-Protest vielen eine Möglichkeit, sofort aktiv zu werden. Genau da wollten wir ansetzen und haben in der zweiten Runde ein Webpaket an die Vereine und Institutionen gesandt – also redak-

tionelles Material mit Fotos vom Flashmob, Presselinks und Hintergrundinfos mitgeliefert. Das war sicher hilfreich.

AGARP: Was ist geplant und was ist Deine persönliche Hoffnung und Vision?

Wir werden nun im Anschluss an die Petition in die nächste Phase gehen und unter anderem konkret mit Politikern in Kontakt treten. Es gab da schon einige Bewegung, wie beispielsweise die Anfrage der Grünen zum Thema, die kurz nach dem Koblenzer Gerichtsurteil an die Bundesregierung gestellt wurde. Oder eine Einladung in den Bundestag zu einer Sitzung der Linken, die wir jetzt bekamen. Im August findet zudem ein erstes informelles Treffen mit dem Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG) in Berlin statt. So haben wir uns in den letzten Monaten auch um eine Vernetzung mit den im Bereich Racial Profiling aktiven Gruppen bemüht. Bei dem Treffen soll über weitere Schritte beratschlagt werden. In unserer Petition gibt es ja neben der Forderung der Revision des Urteils auch ganz konkrete Forderungen, die sicher noch weiter ausgearbeitet und konkretisiert werden müssen – aber die wir als klares Ziel gesteckt haben. Dazu zählt unter anderen die Einführung eines verpflichtenden Anti-Rassismus Trainings für alle Polizist_innen, das sich tatsächlich mit Rassismus und nicht nur mit euphemistischen Begrifflichkeiten wie Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit befasst. Oder eine Form der Meldepflicht aller Rassismus Vorwürfe gegenüber der Polizei, die von einer unabhängigen, von geschultem Fachpersonal besetzten Stelle geprüft und archiviert werden.

Mehr Infos zur Kampagne [hier](#)

¹ Bei dem Begriff *People of Color* handelt es sich um eine politische Selbstbezeichnung, der als ein Bündnisbegriff zu verstehen ist. Er umfasst alle Menschen die von Rassismus betroffen sind. Vgl. Ha, Kien Nghi/Lauré al-Samarai, Nicola/Mysorekar Sheila (2007) (Hg.): *re/visionen. Postkoloniale Perspektive von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*, München.

Übersicht über Dachorganisationen von Migrant_innen veröffentlicht

Erstmals liegt in Deutschland eine umfangreiche Übersicht der überregional tätigen Migrant(en)dachorganisationen vor. Auf Initiative von Staatsministerin Maria Böhmer wurden Informationen zu 32 Migrant(en)organisationen (MO) systematisch zusammengestellt, die als überregional arbeitende Dachverbände und Netzwerke in Deutschland aktiv sind. Die Publikation wurde am 25.4.12 im Bundeskanzleramt bei einem Treffen von Staatsministerin Maria Böhmer mit Vertreter_innen von MO vorgestellt. Die Staatsministerin betonte bei dieser Gelegenheit die wichtige Rolle der MO bei der Integration. Sie seien wichtige Partner zur Umsetzung der Integrationspolitik, so Böhmer. Die Organisationen und Netzwerke haben sich zu einer Brücke in die Gesellschaft entwickelt und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum

Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die Staatsministerin betonte zudem die Wichtigkeit des Dialogs auf Augenhöhe. Die jetzt vorliegende Übersicht informiert über die Strukturen und Inhalte der verschiedenen Netzwerke und Organisationen, aber auch über die verschiedenen Motivationen, Organisationen zu gründen. Die Auswahl der MO erfolgte nach deren Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich Integration. Weitere Kriterien waren Bundesverbände, d.h. Dachverbände von MO, die in mehreren Bundesländern Mitgliedsvereine haben, regionale MO, sofern die Herkunftsgruppe nicht unter den Bundesverbänden vertreten ist, Netzwerke von MO aus Regionen ohne landes- oder bundesweite Migrant(en)dachverbände. Es wird weiterhin unterschieden in bundesweit tätige, regional tätige MO sowie deren Lan-

desnetzwerke. Organisationen mit besonderer fachlicher Ausrichtung werden gesondert behandelt, genau wie religiöse MO mit integrativer Arbeit. Weitere Schwerpunkte bilden die Entwicklungen der Netzwerke und die Handlungsempfehlungen aus Sicht der MO. In der Handlungsempfehlung werden die Wichtigkeit der Interkulturellen Öffnung betont und Statements zu den Bereichen Anti-Diskriminierung, Arbeitsmarktpolitik und Partizipation formuliert.

Abschließend wird die Wichtigkeit der Vernetzung der MO mit den Jugendorganisationen hervorgehoben. Insgesamt umfasst die Übersicht 100 Seiten.

Sie kann [hier](#) kostenlos heruntergeladen werden.

„Erfolgsgeschichten“

Jugendwettbewerb der Deutschen Islam Konferenz (DIK)

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich hat auf der Plenarsitzung der Deutschen Islam Konferenz am 19.4.12 den Startschuss für den Jugendwettbewerb „Erfolgsgeschichten“ gegeben. Jugendliche im Alter zwischen 14 und 26 Jahren sind aufgerufen, eine erfolgreiche muslimische Person mit spannender Karriere zu porträtieren. In den Kategorien Text, Fotostrecke und Video haben sie die Möglichkeit zu skizzieren, wie das Umfeld zum Erfolg beiträgt und aufzuzeigen, inwiefern Glaube oder muslimische Identität mit dem Erfolg im Beruf zu tun haben - oder auch nicht.



Bewerbungsfrist ist der 31. August 2012.

Der Jugendwettbewerb bietet Jugendlichen die Gelegenheit, ihre kreative Arbeit einem breiten Publikum vorzu-

stellen, sich Gehör zu verschaffen und damit einen wertvollen Beitrag zur Integrationspolitik zu leisten.

Eine Expertenjury, wählt die Gewinner_innen aus, die durch den Bundesinnenminister ausgezeichnet werden. Diese erhalten 1.000 Euro und zusätzlich die Möglichkeit, ein Praktikum in einer Redaktion (Print, Online oder TV) zu absolvieren. Die besten Beiträge werden auf der Website der DIK veröffentlicht.

Die Zusammensetzung der Jury und weitere Informationen finden Sie unter [DIK](#).

Beispiele der Arbeit der Beiräte für Migration und Integration

Die Aufgaben der Beiräte für Migration und Integration sind vielfältig. Sie reichen von der Interessenvertretung der eingewanderten Bevölkerung einer Gemeinde/Stadt/Verbandsgemeinde oder eines Landkreises über Zusammenarbeit mit ihrer jeweiligen Kommune, um ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Ihrer

Kommune zu erreichen, bis hin zum Einsatz gegen Vorurteile und Diskriminierung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Die Migrationsbeiräte haben die Aufgabe, (gesellschafts-) politische Entwicklungen und Vorkommnisse zu beobachten, diese mit den politischen Verantwortlichen zu thematisieren und gemeinsam die Integrationspolitik in der Kommune zu

gestalten. Beispiele, wie die Veranstaltungen der Landkreise Germersheim und Westerwaldkreis zeigen, wie die Beiräte vor Ort migrationspolitische Themen aufgreifen und aktiv gestalten können

Schicken auch Sie uns Informationen zu Ihren Veranstaltungen vor Ort. Wir berichten gerne über diese in unserem Newsletter.

Resolution Alzey „Stadtrat fordert kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer“

Die Initiative, ob Ausländer, die nicht aus EU-Staaten stammen, in Zukunft auf kommunaler Ebene das Wahlrecht erhalten sollen, wurde vom Beirat für Migration und Integration der Stadt Alzey angestoßen. Die Mitglieder von SPD, FWG, Grünen und der Linken im Alzeier Stadtrat, sagen Ja für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer_innen, die damit eine entsprechend lautende Resolution durch das Gremium brachten – gegen die Stimmen von CDU und Bürgermeister Christoph Burkhard. Unterstützung findet der Beirat auch bei der Landesregierung. „Warum soll ein Italiener, der seit kurzem hier lebt, wählen dürfen, eine Türkin, die ihr ganzes Leben hier verbracht hat und sich engagiert, jedoch nicht?“, fragte Dr. Florian Eding-

er, stellvertretender Beauftragte für Migration und Integration im Land. Ähnlich sieht es die SPD-Fraktion. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört die Teilhabe am politischen Leben. Wer davon ausgeschlossen bleibt, bleibt dauerhaft ein Fremder“, sagte Nicole Sommer-Kundel. „Ausschlaggebend sollte sein, dass der Lebensmittelpunkt dauerhaft hier ist.“ Auch der Kreistag habe einen entsprechenden Beschluss gefasst. Der CDU-Fraktionssprecher Thomas Zacharias erklärte: „Der vorliegende Resolutionsentwurf hat nichts mit dem Gelingen einer Integration zu tun. Der Stadtrat hat keinen Einfluss auf die Gestaltung des Kommunalwahlrechts. Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den Ausländerbeiräten sei sehr ge-

ring. Zudem zeige die Praxis, dass Teilhabemöglichkeiten wenig genutzt würden.“

Werner Geißel von der FWG meinte: „Integration passiert nicht von heute auf morgen, sie ist die Sache für Generationen. Und auch wenn es stimmt, dass von bestimmten Gruppen Angebote nicht angenommen werden, sehen wir diese Resolution als einen Mosaikstein, dass Integration gelingt.“

Die Wahlbeteiligung als Grundlage für ein „Ja“ oder „Nein“ zum kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer_innen hinkt, da es sich beim Wahlrecht um ein demokratisches Grundrecht handelt, das nicht an die Höhe der Nutzungsquoten gebunden ist.

Resolution Zweibrücken – „Kommunales Wahlrecht für alle“

Der Beirat für Migration und Integration sowie der Stadtrat der Stadt Zweibrücken haben die Unterstützung der Resolution „Kommunales Wahlrecht für alle“ beschlossen. Die politische Teilhabe über Wahlen und Abstimmungen ist eines der Kernelemente jeder demokratischen Verfassung. Viele demokratische Länder haben in ihren jeweiligen Verfassungen dieses bedeutende Grundrecht bei Kommunalwahlen nicht von der Staatsange-

hörigkeit der Einwohner_innen abhängig gemacht, sondern allein vom dauerhaften Lebensmittelpunkt der Menschen.

Für die Identifikation aller Migrant_innen mit ihrer Heimatkommune und damit letztlich für den Erfolg von Integrationsprozessen ist das kommunale Wahlrecht eine wichtige Bedingung. Es ermöglicht demokratische Teilhabe und Mitwirkung z.B. bei der Gestaltung des unmittelbaren Wohn-

und Lebensumfeldes.

Der Oberbürgermeister und die Fraktion der im Stadtrat vertretenen Parteien der Stadt Zweibrücken unterstützen die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Migrant_innen. Sie fordern Bundestag und Bundesrat dazu auf, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen, um das kommunale Wahlrecht auf alle Migrant_innen ausdehnen zu können.

Beirat in Landau gründet Initiative für Toleranz und Courage Südliche Weinstraße und Landau gegen Fremdenhass

Sich für die Rechte von Migranten_innen und ein gleichberechtigtes Zusammenleben einzusetzen, ist eine der ureigenen Aufgaben des Beirates für Migration und Integration. Die politische Teilhabe von Migranten_innen ist dabei ein großes Anliegen, da Demokratie von der Beteiligung und Mitbestimmung der gesamten Bevölkerung lebt. Mitgestalten zu können, verstärkt das Gefühl willkommen zu sein und dazu zu gehören. In diesem Sinne hat der Beirat für Migration und Integration der Stadt Landau am 26. Juni 2012 zur Gründung einer Initiative für Toleranz und Courage für Landau und den Kreis Südliche Weinstraße eingeladen, um Hand in Hand gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu kämpfen und sich für mehr Demokratie einzusetzen.

„Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind in unserer Gesellschaft präsent. Dies wurde uns durch die rechtsextremistischen Morde im November schmerzhaft vor Augen geführt. Wir können nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern fühlen uns aufgefordert, gegen rechtsextremistische Parolen und Aktionen sowie gegen jede Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Orientierung Stellung zu beziehen“, so der Vorsitzende des Beira-

tes für Migration und Integration der Stadt Landau, Herr Aydin Tas. Der Einladung folgten Vertreter_innen aus Politik, freien Trägern, Schulen, Kindertagesstätten und Wohlfahrtsverbänden.

In der Gründungssitzung wurde betont, dass alle Organisationen, Verbände, Vereine und auch jede Bürgerin und jeder Bürger gemeinsam mit vereinten Kräften gegen Rassismus und Fremdenhass kämpfen und dieses Thema gebündelt in die Öffentlichkeit tragen sollten. Dabei soll die Initiative ein Projekt nicht nur für die Stadt Landau, sondern auch für den Kreis Südliche Weinstraße werden.

Folgende Ziele wurden in der Gründungssitzung vereinbart:

- Sensibilisierung der Bevölkerung für einen vorurteilsfreien und respektvollen Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Orientierung.
- Rassismus, Diskriminierung und rechtsextremes Gedankengut/Aktionen wahrnehmen und aktiv dagegen Stellung beziehen (auch Alltagsrassismen und unterschwellige Formen der Diskriminierung aufdecken, entgegenwirken und aufklären)
- Bewusstsein gegen Fremdenhass an Schulen schaffen

- Unterstützung für Opfer von Rassismus und Diskriminierung
- Interesse für die Erfahrungswelt von Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund schaffen

„Dem Beirat geht es vor allem um eine präventive Arbeit, dabei ist die Schule ein wichtiger Ort für Aufklärung, Sensibilisierung und Entwicklung entsprechender Projekte“, sagte der Beiratsvorsitzende Herr Aydin Tas. Wichtig sei ihm die Vernetzung mit anderen Initiativen, um gegenseitig von Erfahrungen zu profitieren und gestärkt und strukturiert dem Thema zu begegnen.

Die nächste Sitzung der „Initiative für Toleranz und Courage – Südliche Weinstraße und Landau gegen Fremdenhass“ soll im September 2012 stattfinden.

„Danach wollen wir an die Öffentlichkeit gehen und neben den Organisationen, Vereinen und Einrichtungen ganz besonders Bürger und Bürgerinnen des Kreises und der Stadt einladen, um mitzumachen“, so der Vorsitzende Aydin Tas.

„Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“

Ein Projekt geht an den Start

Am 1. Mai startete das Projekt „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ in Trägerschaft des Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik und in Kooperation mit der AGARP. Damit gibt es ist Rheinland –Pfalz (RLP) eines der neun von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) geförderten [Netzwerke gegen Diskriminierung](#). Die Netzwerke sollen auf die bisherigen Antidiskriminierungsmaßnahmen und Strukturen aufbauen und so die Prozesse der Antidiskriminierungsarbeit lokal stärker vorantreiben. Das rheinland-pfälzische Projekt verfolgt dabei den horizontalen Ansatz mit den Schwerpunkten ethnische Herkunft und Religion, der die Mehrdimensionalität von Diskriminierung zu

fassen versucht. Dies bedeutet, dass die unterschiedlichen Dimensionen der Diskriminierungsmerkmale auch in Abhängigkeit zueinander stehen und deswegen zu berücksichtigen sind. Dabei kann das Projekt auf den bereits dreijährigen Netzbildungsprozess in RLP zurückgreifen, in welchem verschiedene selbstorganisierte Initiativen die Grundlagen für eine horizontale Antidiskriminierungsarbeit erarbeiten um daraus gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln. Am 29. Juni konnte das Leitbild des Netzwerks verabschiedet werden, auf dessen Basis die zukünftige Arbeit aufbauen soll. Gonca Sariaydin und Joachim Schulte wurden zu Netzwerksprecher_in gewählt.

Neben der Entwicklung von Handlungsstrategien wird eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit betrieben, um (Anti-) Diskriminierung in die Diskussion zu bringen. Dabei sollte das Thema weniger als Last sondern als Gewinn auf dem Weg zu einer starken und vielfältigen Gesellschaft betrachtet werden. Weitere Informationen siehe [hier!](#)

Kontaktpersonen:

Gonca Sariaydin ([Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik](#)), Projektleitung und Netzwerksprecherin

Jamila Adler ([AGARP](#)), Projektmitarbeiterin und Kooperation

Joachim Schulte ([QueerNet](#)), Netzwerksprecher

